

# Bei der Prämienverbilligung zeigt sich ein Stadt-Land-Graben

64 Prozent der Zürcher Stimmberechtigten lehnen die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» ab – keine einzige Gemeinde stimmt zu

JAN HUDEC, ADI KÄLIN

In der Corona-Pandemie hat der Staat enorme Mittel zur Abfederung der Krise ausgeschüttet. An Ankündigungen für die Bereitstellung von mehrstelligen Millionenbeträgen hat sich die Öffentlichkeit längst gewöhnt. Was die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» forderte, wirkte im Vergleich fast schon bescheiden. Die von der Mitte-Partei lancierte Vorlage hätte zu jährlichen Mehrausgaben von 40 Millionen Franken geführt.

Umso überraschender ist es, wie deutlich die Zürcher Stimmbewölkerung die Initiative abgelehnt hat. Gerade einmal 36 Prozent trägt der Ja-Stimmen-Anteil. Die Mitte Kanton Zürich zeigt

## Prämienverbilligung

Ja 36,0 Nein 64,0

Abstimmungsresultat in Prozent

QUELLE: BFS

NZZ Visuals / lea.

sich enttäuscht über das Resultat. «Es ist ein schwarzer Tag für Solidarität und Familienpolitik», schreibt die Initiantin in einer Mitteilung. Nun blieben die Krankenkassenprämien weiterhin eine grosse Sorge für viele. Die Mitte werde sich weiterhin für ihre Entlastung einsetzen.

## Support nur in den Städten

Obschon die Mitte Unterstützung von SP, Grünen, AL und EVP hatte, stimmte der Initiative keine einzige Gemeinde zu. Einzig die links dominierten Städte Zürich (49 Prozent Ja) und Winterthur (42,8 Prozent Ja) weichen etwas vom Gesamtbild ab.

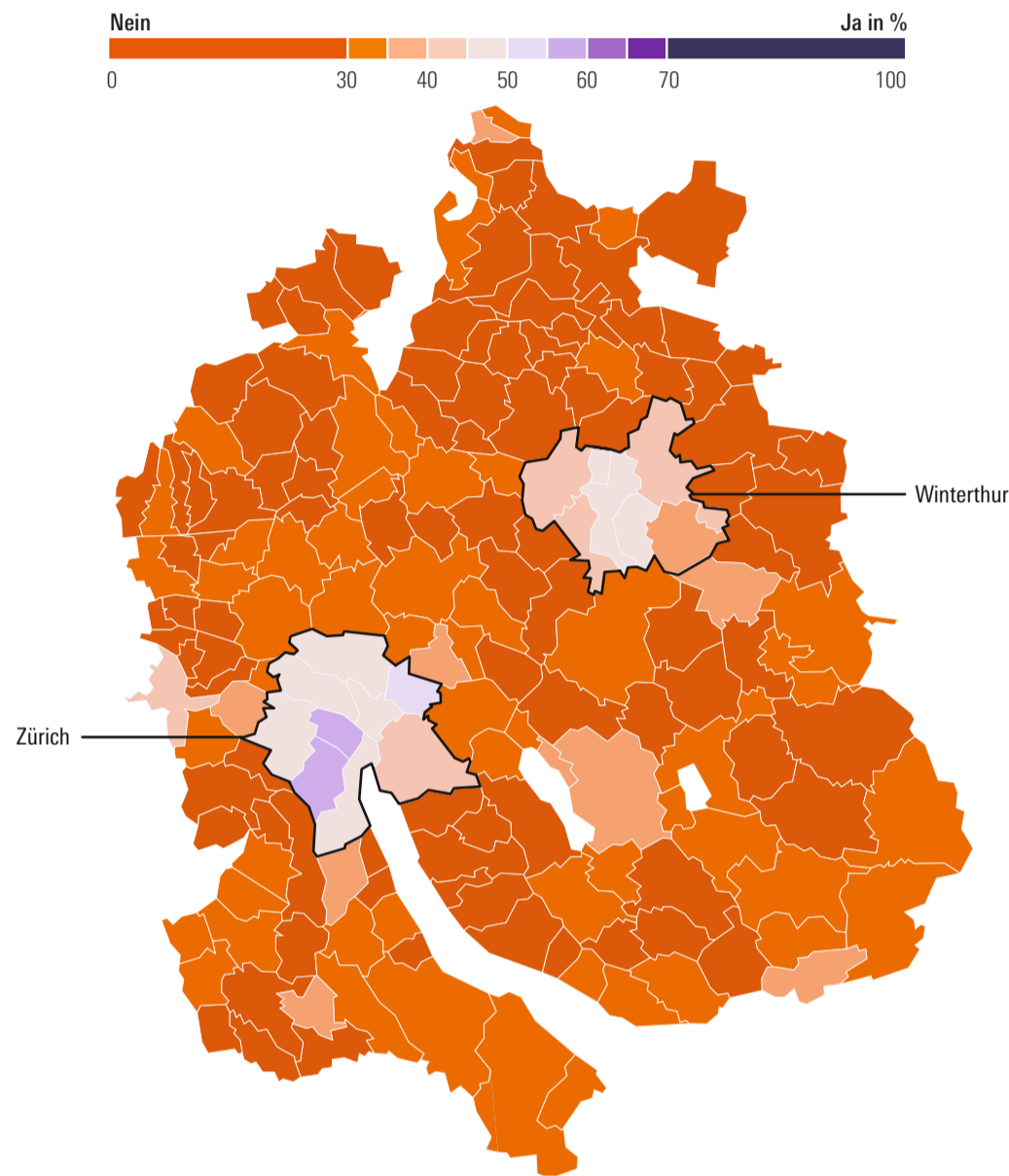
Mit der Initiative hätte der Kantonsanteil auf 100 Prozent des Bundesanteils erhöht werden sollen. Als vor zehn Jahren festgelegt wurde, dass der Kanton nur 80 Prozent des Bundesanteils bei der Prämienverbilligung übernehmen soll, war das Ergebnis noch knapper: Damals stimmten 55,4 Prozent der Stimmberechtigten dem Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz und damit dem Verteilungsschlüssel zu.

Höhere Prämienvergünstigungen hatten damals vor allem Wahlkreise in den grossen Städten gewünscht. In der Stadt Zürich sagten die linken Kreise 3 sowie 4+5 Nein zum Einführungsgesetz, aber auch der Kreis 12 (Schwamendingen). Die gleichen Wahlkreise sagten diesmal Ja zur Initiative. Das überrascht vor allem bei Schwamendingen, das nor-

## Die Initiative für mehr Prämienverbilligung war chancenlos, lediglich drei Zürcher Stadtkreise stimmten zu

Stimmbeteiligung: 56,5 Prozent

Ja-Stimmen-Anteil: 36,0 Prozent



QUELLE: KANTON ZÜRICH

NZZ Visuals / lea.

malerweise wie eine Vorortsgemeinde stimmt und oft so, wie es die SVP empfiehlt. Davon weicht der Kreis bisweilen ab, so auch bei Wohnbauvorlagen, bei denen sich jeweils vermutlich der hohe Anteil genossenschaftlicher Wohnungen auswirkt.

## Nationale Initiative lanciert

Die deutliche Ablehnung der Initiative kommt auch für die SP überraschend. Kantonsrat Andreas Daurü erklärt das Resultat mit den hohen Ausgaben während der Corona-Krise: «Ich kann mir vorstellen, dass die Bevölke-

rung jetzt eher vorsichtig ist, zusätzliche Ausgaben zu beschliessen.» Das zeige sich ja auch an der klaren Ablehnung der Initiative, die höhere Kinderzulagen forderte.

Für die SP ist das Nein ein schlechtes Omen. Sie hat auf nationaler Ebene die «Prämien-Entlastungs-Initiative» lanciert, die noch radikaler ist als die Initiative der Mitte im Kanton Zürich. Die SP-Initiative will, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für Prämien bezahlen soll. Daurü ist aber trotzdem «guten Mutes», dass die Initiative auf Zustimmung stösst. Die wirtschaftlichen Fol-

gen der Pandemie werde dannzumal vielleicht schon etwas in den Hintergrund getreten sein. Zudem seien die steigenden Prämien ein Thema, das nach wie vor die ganze Schweiz beschäftige.

## Ein Nein zur Giesskanne

Die bürgerlichen Parteien, welche die Initiative bekämpft hatten, sehen sich in ihrer Haltung bestätigt. Das Zürcher Stimmvolk habe sich gegen eine weitere Erhöhung und ungerechte Verteilung der individuellen Prämienverbilligung nach dem Giesskannenprinzip

ausgesprochen, teilt das überparteiliche Komitee «Nein zur Prämienfalle» mit, zu dem die FDP, die SVP und die Zürcher Handelskammer gehören.

Auch hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger klar zum Ausdruck gebracht, dass der Kanton eine weitere zusätzliche jährliche finanzielle Belastung von 40 Millionen Franken nicht tragen könne. Die Problematik der steigenden Gesundheitskosten sei aber auch mit heutigem Abstimmungsergebnis nicht gelöst, heisst es in der Mitteilung. FDP-Kantonsrätin Beatrix Frey sagt auf Anfrage denn auch, dass man nicht für Entlastung sorgen könne, ohne bei den Kosten anzusetzen. «Wenn man mit finanziellen Erleichterungen Druck aus dem System herausnimmt, dann wird es noch schwieriger, die Gesundheitskosten zu senken.» Das Nachsehen hätten jene 70 Prozent der Bevölkerung, die keinen Anspruch auf Prämienverbilligung hätten.

Auch der Zürcher Regierungsrat hatte empfohlen, die Initiative abzulehnen. Die Gesundheitsdirektorin

«Ich kann mir vorstellen, dass die Bevölkerung jetzt eher vorsichtig ist, zusätzliche Ausgaben zu beschliessen.»

Andreas Daurü  
Kantonsrat (sp.)

## «Vielleicht will die Bevölkerung ja eine radikalere Lösung»

Für den Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid ist das Thema Prämienverbilligung trotz Niederlage an der Urne noch nicht erledigt

Herr Schmid, Sie haben die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» mit Ihrer Partei lanciert. Die Niederlage ist deutlich. Wie erklären Sie sich das?

Ich bin enttäuscht. Es ist uns offensichtlich nicht gelungen, an die Solidarität der Bevölkerung zu appellieren, aufzuzeigen, dass die hohe Prämienlast eine Ungerechtigkeit ist, die man politisch anpacken muss. Vielleicht ist die Initiative auch ein Stück weit untergegangen in den vielen Vorlagen, die auf nationaler Ebene diskutiert wurden.

Die Unterstützung von SP, Grünen und AL hatten Sie. Wieso hat das nicht gereicht?

Die Gegner haben argumentiert, dass man das Kostenwachstum in den Griff

bekommen muss. Diese Ansicht teile ich. Mehrheiten für Sparmassnahmen und Wachstumsbremsen im Gesundheitswesen sind jedoch nur schwierig zu finden. Vor allem reicht dies alleine nicht, denn mit der heutigen Kopfprämie fehlt eine soziale Abfederung.

Die deutliche Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher ist aber offensichtlich der Meinung, dass das Problem gar nicht so gross ist.

Auf den Sorgenbarometern gehören die Krankenkassenprämien immer zu den drängendsten Themen. Das Thema ist ja auch in Bundesbernen schon seit Jahren auf der Traktandenliste. Vielleicht war unsere Forderung zu wenig deutlich. Vielleicht dachte sich die Bevölkerung, dass zusätzliche Ausgaben



Lorenz Schmid  
Präsident des Zürcher Apothekerverbands und CVP-Kantonsrat

von 40 Millionen Franken pro Jahr das Grundproblem nicht lösen. Ich bin deshalb gespannt, was die SP mit ihrer Initiative auf nationaler Ebene erreicht. Sie fordert, dass die Haushalte nicht mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben sollen. Das ist eine radikale Forderung. Die geht mir eigentlich zu weit. Aber vielleicht will

die Bevölkerung ja eine solche Lösung. Denn dass die Krankenkassenprämien die Leute stark belasten, davon bin ich nach wie vor überzeugt.

Das scheint mir jetzt eine eher abenteuerliche Argumentation zu sein, wenn Sie sagen, die Leute hätten Ihre Initiative abgelehnt, weil sie zu wenig radikal war.

Es kann auch sein, dass die Bevölkerung der Meinung war, dass unsere Initiative einen zu geringen Mehrwert gebracht hätte, weil sie seit der Lancierung zum Teil ja schon umgesetzt wurde. So ist der Kantonsbeitrag bereits auf 92 Prozent des Bundesbeitrags gestiegen. Bis zu den von uns geforderten 100 Prozent war es da nicht mehr so weit.

Um das Problem der Prämienlast anzupacken, könnte man ja noch etwas anders tun: dafür sorgen, dass die Gesundheitskosten nicht weiter steigen.

Wir machen heute ganz sicher noch zu wenig in diesem Bereich. Keine Partei wagt es, dieses Dossier in die Hand zu nehmen. Erst recht nicht seit Corona. Die Bereitschaft, Geld für die Gesundheit auszugeben, dürfte mit Corona nämlich eher noch gestiegen sein. Wer das bezahlen soll, weiss man aber nicht. Falls es uns nicht gelingen wird, für eine Entlastung zu sorgen, treiben wir Zürcher Haushalte wegen der Gesundheitskosten in die Armut, obwohl die Bevölkerung ja nichts dafür kann, dass die Kosten steigen. Hier ist die Politik in der Verantwortung.

Interview: Jan Hudec